

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2012
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 07.11.2012
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Bericht aus dem Integrationsrat
6. Mündlicher Bericht der Frauenberatungstelle Hagen e.V.
7. Bericht zur Entwicklung der verstärkten Zuweisung von Asylbewerbern und deren aktuellen Unterbringungssituation in den Übergangsheimen
8. Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Ratsgruppe DieLinke hier: Umsetzung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 16.05.2012 zu den "Kosten der Unterkunft"
Anlagen
Vorlage: 0825/2012
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

2. Mitteilungen

Herr Fiedler informiert den Ausschuss darüber, dass die Bezieher von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II ab Januar 2013 erhöhte Beträge bekämen. Für den Bereich der Sozialhilfe ergebe sich daraus ein zusätzliches Ausgabevolumen in Höhe von 320.000 Euro.

Weiterhin teilt er mit, dass man mit einer Änderung des SGB XII für Sozialhilfe im Bereich der Grundsicherung rechnen dürfe. Die Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen für Grundsicherungsleistungen sollte von derzeit 45 % der Nettobeträge auf 75 % steigen. Das würde den städtischen Haushalt entlasten. In 2014 sollten die Nettoaufwendungen total erstattet werden. Es dürfe dann quartalsweise mit dem Bund abgerechnet werden.

3. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

5. Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Kilic berichtet aus dem Integrationsrat.

6. Mündlicher Bericht der Frauenberatungsstelle Hagen e.V.

Frau Bücken berichtet über die Arbeit der Frauenberatungsstelle Hagen. Sie setzt den Schwerpunkt auf den Gewaltbereich und den Schutz vor Gewalt (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Sie beantwortet Fragen von Herrn Hentschel, Frau Sauerwein, Frau Buchholz, Frau Kramps und Frau Helling-Plahr.

Abschließend bedankt sich Frau Priester-Büdenbender bei Frau Bücken für ihren Bericht und wünscht ihr weiterhin alles Gute für ihre Arbeit.

7. Bericht zur Entwicklung der verstärkten Zuweisung von Asylbewerbern und deren aktuellen Unterbringungssituation in den Übergangsheimen

Herr Gierke berichtet über die Entwicklung der verstärkten Zuweisung von Asylbewerbern und deren aktuellen Unterbringungssituation in den Übergangsheimen (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Aufgrund einer Frage von Frau Helling-Plahr erklärt Herr Gierke, dass derzeit in den drei genannten Objekten eine Unterbringungskapazität von 387 Plätzen zur Verfügung stünde. Diese Kapazität sei aber dem Grunde nach aus verschiedenen Gründen nicht zu erreichen. Untergebracht seien in den Übergangsheimen derzeit 252 Personen, so dass jetzt noch 56 Plätze zur Verfügung stünden. Eine Unterbringung in Turnhallen sei grundsätzlich nicht denkbar. Man sei derzeit auf der Suche nach Objekten, die ggf. kurzfristig genutzt werden könnten.

Auf die Frage von Frau Sauerwein nach der Versorgung der Asylsuchenden erklärt Herr Gierke, dass diese in der Regel Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Gutscheinen für die Beschaffung von Lebensmitteln und Taschengeld in bar bekämen.

Herr Reinhardt fragt nach einem möglichen Zusammenhang zwischen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und den ansteigenden Zahlen von Asylsuchenden. Nach der eben gezeigten Statistik stammte der größte Teil der Asylbewerber aus Serbien und gehöre der Gruppe der Sinti und Roma an. Dort liege eine Verfolgungssituation im Sinne des Asylgesetzes ja nicht vor. Er fragt außerdem, wie lange die Asylverfahren im Moment dauerten.

Herr Goldbach verweist in Bezug auf die erste Frage auf die Stellungnahme des Amtes für Migration und Flüchtlinge, die besage, dass hier ein klarer Zusammenhang gesehen werde.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass ein Teil dieser Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien hier überwinterten. Er habe mit der Fachverwaltung entschieden, dass eine Turnhallenunterbringung für Hagen nicht in Frage käme. Die Fachverwal-

tung habe den Auftrag erhalten, andere Lösungen zu finden. Bezüglich der Erstaufnahme von Flüchtlingen habe man dem Land mitgeteilt, dass kein geeignetes Objekt dafür in Hagen zur Verfügung gestellt werden könne.

Frau Buchholz macht deutlich, dass die Erhöhung der Sätze für diese Menschen überfällig gewesen sei. Die Gruppe der Sinti und Roma hätten es in ihren Heimatländern nicht leicht. Ob sie im Einzelfall verfolgt würden, müsse im Verfahren geprüft werden. Sie warne davor, zu erklären, dass alle Sinti und Roma Wirtschaftsflüchtlinge seien. Der Rechtsweg müsse eingehalten werden. Durch den Anstieg der Zahlen sei die Beratungsfolge sehr verkürzt worden. Daraus ergäben sich in der Folge die Schwierigkeiten. Ihre Sorge sei, dass durch die ganze Flüchtlingsdiskussion rechtsradikale Kräfte Nährboden fänden. Sie sei der Meinung, dass man hier klar seine Solidarität für die Flüchtlinge zum Ausdruck bringen solle.

8. Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Ratsgruppe Die Linke hier: Umsetzung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 16.05.2012 zu den "Kosten der Unterkunft"

Anlagen

Vorlage: 0825/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach führt aus, dass der Ratsbeschluss samt Stellungnahme der Verwaltung versandt worden sei. Er weist auf die Tischvorlage hin, die versehentlich nicht mit verschickt wurde (**siehe Anlage zu TOP 8**). Man habe in Abstimmung mit der Vorsitzenden nicht gewartet, bis der Sozialausschuss den Ratsbeschluss in der heutigen Sitzung interpretiere und Kriterien entwickle, sondern sei im Sinne des Ratsbeschlusses bereits tätig geworden. Sowohl im Sozialamt als auch im Jobcenter würden alle Fälle systematisch überprüft, so dass eine Nachzahlung rückwirkend ab dem 01.01.2011 erfolgen werde. Die Tischvorlage enthalte einen Text für einen Flyer zur Information der Betroffenen. Eigentlich werde ein Flyer nicht mehr benötigt, weil die Herangehensweise so sei, dass alle Fälle systematisch angefasst würden. Es gebe in diesem Zusammenhang die Bitte des Rates, zusätzliche Kriterien zu entwickeln. Der Verwaltung sei nur ein Kriterium eingefallen, dass die ältesten Fälle mit den weitesten Ansprüchen zuerst behandelt würden, um Verjährungen zu vermeiden.

Ansonsten bedürfe es aus Sicht der Verwaltung keiner weiteren Kriterien. Er gehe davon aus, dass es auch im Sinne des Ausschusses gewesen, dass man direkt nach der Ratssitzung aktiv geworden sei. Die Kosten dafür lägen im Bereich von SGB II und SGB XII bei ca. 350.000 €.

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass im Internet in der Tabelle bezüglich der Regelung der Kosten der Unterkunft in Hagen immer noch eine Größe von 45 qm genannt sei. Auf Rückfrage der Verwaltung teilt sie mit, dass es sich um Fachbereichsseiten handele.

Herr Fiedler bittet, das zu entschuldigen.

Frau Sauerwein möchte wissen, ob der Inhalt der Tischvorlage allen Betroffenen zugestellt würde. Sie stellt im Namen ihrer Fraktion den Antrag, dass die Nachzahlungen an alle Betroffenen rückwirkend bis zum 01.01.2010 gezahlt würden und nicht nur an diejenigen, die Widerspruch eingelegt hätten. Sie erklärt, dass hier eine Informationspflicht für die Betroffenen bestanden hätte. Sie fragt, ob die Nachzahlungen als Einkommen angerechnet würden. Weiterhin möchte sie wissen, ob es Leute gebe, die zum Umzug aufgefordert worden seien und denen dadurch Kosten entstanden seien. Wie werde mit den Fällen umgegangen?

Herr Goldbach bestätigt, dass diejenigen, die Widerspruch eingelegt hätten gegen die Leistungen, die sich auf das Jahr 2010 bezögen, auch einen Anspruch für das Jahr 2010 auf Erstattung hätten. Bei allen anderen sei das von den gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht so. Da sei die Rückzahlung auf den 01.01.2011 beschränkt. Wenn eine andere Entscheidung getroffen werden solle, gehe diese über die gesetzlichen Fristen und Regelungen hinaus und wäre eine freiwillige Leistung dieser Stadt, die nicht vereinbar wäre mit § 82 GO und der Haushaltsituation der Stadt Hagen. Man habe versucht, das Problem im Sinne der Betroffenen zu lösen.

Frau Küper vom Jobcenter beantwortet die Frage von Frau Sauerwein dahingehend, dass die Nachzahlung nicht als Einkommen angerechnet werde. Weiterhin erklärt sie, dass generell nicht zum Umzug aufgefordert werde. Es gebe eine Aufforderung zur Kostensenkung. Wenn ein Umzug erfolgt und der neue Wohnraum angemessen sei, seien auch die Umzugskosten übernommen worden.

Frau Kramps erinnert daran, dass man diese Diskussion bereits vor einiger Zeit geführt habe. Sie habe seinerzeit die Frage gestellt, ob die Abwicklung von Amts wegen erfolge oder ob ein entsprechender Antrag gestellt werden müsse. Damals habe sie die Antwort bekommen, dass dies von Amts wegen geschehe. Sie sei dann davon ausgegangen, dass den Betroffenen dann kein Nachteil entstünde. Hätte sie vorher gewusst, dass die Nachzahlung nunmehr nur für ein Jahr erfolge, hätte sie sich seinerzeit anders entschieden. Nun liege eine Ungleichbehandlung vor. Sie werde daher heute nicht zustimmen, dass die Nachzahlung nur für ein Jahr erfolge. Sie halte es für angebracht, die Rückzahlung für den gesamten Zeitraum von zwei Jahren vorzunehmen.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass es ihm sehr leid tue, dass aber unter den derzeitigen Verhandlungen mit Herrn Bollermann und der Haushaltssituation ein derartiger Beschluss eine Beanstandung zur Folge haben werde. In Richtung Zuschauertribüne ergänzt er, dass das nichts mit seinem politischen Willen zu tun habe. Das sei möglicherweise völlig anders. Er wolle lediglich die Rechtslage deutlich machen.

Herr Hentschel schließt sich den Ausführungen von Frau Kramps an und drückt seine Empörung über das Verhalten der Verwaltung aus. Diese bereichere sich an den einkommensschwächsten Menschen in der Gemeinde.



Frau Priester-Büdenbender bittet Herrn Hentschel bei seinem Vortrag um eine angemessene Lautstärke.

Herr Ciupka bittet, zur Tagesordnung zurückzukehren und Unterstellungen zu unterlassen. Das sei völlig unsachlich und deplaziert.

Herr Hentschel weist auf die Ausführungen in dem vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen und der Ratsgruppe die Linke hin, in dem klar zum Ausdruck gebracht würde, wie verfahren werden solle. Er bitte darum, dass man sich daran halte.

Frau Sauerwein stimmt ebenfalls den Ausführungen von Frau Kramps zu. Sie wolle ihren Antrag aufrechterhalten. Es sei möglich, dass man das rechtlich nicht dürfe, aber sie sei der Meinung, dass auch mal ein Signal in Richtung von Herrn Bollermann gesetzt werden müsse. Die Stadt Hagen habe des Öfteren bewiesen, dass sie auf diesem Sektor sehr vorsichtig sei. Sie spricht den Betrag in Höhe von 4,40 € pro qm an. Man habe mehrfach die Anfrage gestellt, wann es einen neuen Mietspiegel hier in Hagen gebe. Ihr sei dann gesagt worden, dass dieser in Arbeit sei. Bezüglich der rückwirkenden Berücksichtigung ab 2010 habe es ja auch bereits einen Bürgerantrag gegeben.

Herr Reinhardt berichtet aus der Praxis aus seiner Kanzlei, dass es Fälle gebe, in denen bereits im August aufgrund dieses Urteils Anträge gestellt worden seien und bis heute kein Bescheid vorliege.

Herr Kilic macht deutlich, dass ein Großteil der Migranten Hartz VI-Empfänger sei und von dieser Benachteiligung betroffen sei.

Herr Goldbach fasst die Diskussion dahingehend zusammen, bis zu welchem Punkt Konsens bestehe. Er weist den Vorwurf von Herrn Hentschel von sich, dass die Verwaltung gewartet und nichts getan habe. Das sei so völlig unzutreffend. Aus seiner Sicht würde es einer zusätzlichen Broschüre nicht mehr bedürfen. Die Verwaltung werde gleichwohl ein Faltblatt zur Information auslegen. Es wird nunmehr eine systematische Überprüfung unabhängig von Nationalitäten vorgenommen. All diejenigen, die einen Anspruch hätten, würden diesen auch bekommen. Uneinigkeit bestehe für den Zeitraum vor dem 01.01.2011. Dazu gebe es eine klare gesetzliche Regelung. Diese besage, dass die Rückwirkung beschränkt sei bis zum 01.01.2011.

Frau Priester-Büdenbender lässt zunächst über den gestellten Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Ratsgruppe Die Linke schlägt der Sozialausschuss vor, den Ratsbeschluss vom 20.09.2012 dahingehend zu ändern, dass die sich ergebenden Nachzahlungen für alle Betroffenen für die Zeit **ab 01.01.2010** von Amts wegen vorgenommen werden.



Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 7
Dagegen: 7
Enthaltungen: 0

2. Der Sozialausschuss schlägt vor, dem Ratsbeschluss vom 20.09.2012 zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 7
Dagegen: 6
Enthaltungen: 1

9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein erklärt, dass am 01.01.2013 auch in Hagen das Sozialticket eingeführt werden solle. Wie liefen dazu die Vorbereitungen? Wie hoch seien die Ausgaben dafür? Welche Nachweise brauche man und für welchen Zeitraum gelte das Ticket dann?

Stellungnahme der Verwaltung:

„Seitens des VRR laufen die Vorbereitungen zur Ausgabe des Sozialtickets. Derzeit wird zwischen Stadt und VRR geklärt, dass die Ausstellung des Tickets ohne zusätzlichen Personal- und Verwaltungsaufwand bei der Stadt ermöglicht wird.

Der Oberbürgermeister hat angeregt, dass Jobcenter und Stadt die Leistungsbescheide SGB II und SGB XII etc. mit einem Zusatz versehen, dass ein Anspruch auf Ausstellung des Sozialtickets bis zum besteht, so dass möglicherweise zukünftig nicht mehr der gesamte Bescheid vorgelegt werden muss.“

Sie wiederholt die Frage, wann mit dem neuen Mietspiegel zu rechnen sei.

Stellungnahme der Verwaltung:

„Nach der Auskunft der zuständigen Fachstelle des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster ist die Auswertung der vorliegenden Daten noch nicht abgeschlossen; danach ist der Gutachterausschuss für Grundstückswerte zu beteiligen und nach dessen Entscheidung das Ergebnis zu veröffentlichen.

Wegen dieses Prozesses ist mit einer Fertigstellung im zweiten Quartal 2013 zu rechnen, wobei ein früherer Termin angestrebt wird.“

Es wird zugesichert, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.40 Uhr

gez. Priester-Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin